

Vor dem Festakt gibt es mächtig Zoff

Drei Fraktionschefs wollen Unterzeichnung des SWR-Staatsvertrags fernbleiben

Baden-Baden (sj/BNN). Wenn morgen voraussichtlich der neue SWR-Rundfunkstaatsvertrag unterzeichnet wird, wollen Teile des Gemeinderats der Zeremonie im Palais Biron fernbleiben. Grund des Disputs sind fehlende Garantien für den Standort Baden-Baden. Die Kritiker halten die vorgesehene Unterzeichnung ausgerechnet in der Stadt an der Oos gar „für instinktos“.

CDU, Freie Wähler und FDP, die zusammen 26 der 40 Sitze im Gemeinderat stellen, verweisen dabei auf die aktuelle Auseinandersetzung um die beiden Rundfunkorchester. Sie bemängeln, dass die Bindung von Programm und Direktion an den Standort Baden-Baden entfallen und auch die bislang in der Bäderstadt verorteten gemeinsamen und überregionalen Aufgaben des Senders vom Tisch seien.

Bis zuletzt hatten etwa der Hörfunk- und der Sendedirektor des Südwestrundfunks ihren Sitz an der Oos. CDU, Freie Wähler und FDP befürchten „eine mittel- und langfristige Gefährdung des Standorts Baden-Baden“.

Die Fraktionschefs von SPD und Grünen im Baden-Badener Gemeinderat dagegen wollen an der feierlichen Unterzeichnung des neuen Staatsvertrags durch die Ministerpräsidenten

von Baden-Württemberg, Winfried Kretschmann (Grüne) und Rheinland-Pfalz, Malu Dreyer (SPD) beiwohnen. Beide werfen den konservativen Vertretern im Gemeinderat nun vor, sich „in die Schmollecke“ wegzuducken. Im übrigen sei die Fusion vor 15 Jahren einst

maßgeblich von der CDU betrieben worden. Die Flexibilisierung, die im novellierten Staatsvertrag Einzug findet, hat nach Ansicht von SPD und Grünen den Anspruch, den SWR zukunftsfähig zu machen. Die Fraktionsvorsitzenden Bea Böhlen (Grüne) und Joachim Knöpfel (SPD) wollen sich auch künftig in den

Gremien für die Stärkung des Rundfunkstandortes Baden-Baden einsetzen und vor allem das Ge-

spräch mit den Entscheidungsträgern suchen, um für die Mitarbeiter und für die Region die Arbeitsplätze und die vorhandene Infrastruktur zu erhalten. 4 613 Menschen fordern indessen in einer Unterschriftenaktion verbindlichere Zusagen für den SWR-Standort Baden-

Baden. Im Beisein von SWR-Mitarbeitern hat das Aktionsbündnis der Gewerkschaft Verdi und der Gemeinderatsfraktionen gestern die Unterschriften an Staatsministerin Silke Krebs übergeben. Keine Direktion, keine klaren Aufgabenzuweisungen – Baden-Baden kommt nach Auffassung vieler SWR-Mitarbeiter und Politikern aus der Region im geplanten neuen SWR-Staatsvertrag zu kurz.

Das Thema schlug so hohe Wellen, dass sich erstmals in der Geschichte der Kurstadt alle Gemeinderatsfraktionen in einem gemeinsamen Aktionsbündnis mit Verdi zusammenschlossen. „Die Landesregierung beteuert zwar immer wieder, der Standort sei nicht gefährdet – doch ist sie nicht bereit, das verbindlich festzuschreiben“, stellt Gábor Paál vom Verdi-Betriebsverband im SWR fest.

Verdi übergibt Unterschriftensammlung